

**Stadt Karlsruhe**  
**- Ortsverwaltung Grötzingen -**

**Niederschrift Nr. 23**

über die öffentliche Sitzung der **Ausschüsse I+II des Ortschaftsrates**

am **26. Juli 2021 (Beginn 19 Uhr; Ende 21.06 Uhr)**

im **Saal der Begegnungsstätte, Niddastr. 9**

---

Vorsitzende:	<b>Ortsvorsteherin Karen Eßrich</b>
Zahl der anwesenden Mitglieder:	<b>11</b>
Zahl der Zuhörer:	<b>3</b>
Nicht anwesende Mitglieder:	<b>OSR Bergerhoff (V), OSR Dürr (V), OSR Fettig (V), OSR Fischer (V), OSR Kränzl (V), OSR Neureuther (V), OSR Tamm (V)</b>
Mitglieder*:	
Schriftführer:	<b>Daniel Heiter</b>
Sonstige Verhandlungsteilnehmer:	<b>Herr Bürkert (Klimatreff Grötzingen) Herr Ebendt (Klimatreff Grötzingen) Herr Hauenstein (Klimatreff Grötzingen) Frau Hochschild (KEK) Herr Hogenmüller (Umweltamt) Frau Hübner (Naturtreff Grötzingen) Frau Knorr (KEK) Frau Linke (Naturtreff Grötzingen) Frau Sonnenbichler (KEK) Frau Zeh (Ortsverwaltung Grötzingen)</b>

---

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt die Vorsitzende fest, dass zu der Verhandlung durch Ladung vom 20.07.2021 ordnungsgemäß eingeladen wurde.

\*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldig ferngeblieben, angegeben.

## Tagesordnung

### **Öffentlicher Teil**

202. Vorstellung Konzept „Sonnendorf Grötzingen“ durch Naturtreff Grötzingen

**Zu Punkt 202 der TO:      **Vorstellung Konzept „Sonnendorf Grötzingen“ durch Naturtreff Grötzingen****

Die Vorsitzende bittet die Mitglieder des Naturtreffs, das Konzept vorzustellen.

Frau Hübner erläutert, dass das globale Problem des Klimawandels nur Vorort gelöst werden könnte. Der größte Anteil der Emissionen fiele in Städten an, wobei 70% der Weltbevölkerung in Städten lebten. Deshalb mache es besonders Sinn, erneuerbare Energien in Karlsruhe auszubauen und auf das Energiesparen hinzuweisen. Dafür bräuchte man den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern, zu der Verwaltung und zu den Unternehmen. Das Konzept sei dabei keinesfalls starr, sondern könnte je nach Handlungsbereitschaft der einzelnen angesprochenen Gruppen angepasst werden.

Herr Bürkert sagt, dass drei Bedingungen erfüllt sein müssten, damit eine Gesellschaft nachhaltig existieren könnte. Es sollte daher eine Schnittmenge zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Wertschöpfungen geben. Das bedeute, dass durch die angedachten Maßnahmen auch Gewinne für die beteiligten Akteure absehbar sein müssten. Auf Bürgerseite könnten dies Beschäftigung oder Gewinne aus Energiegenossenschaften sein. Auf Seite der Kommunen wären höhere Steuereinnahmen zu erwarten. Insgesamt sei für die Region eine Stärkung des regionalen Wirtschaftskreislaufes möglich. Nicht zuletzt mache man sich unabhängig von fossilen Brennstoffen, die aus fernen Ländern importiert würden.

Frau Link erklärt die Bürgerenergiegenossenschaften. Seit 2000 seien zahlreiche solcher Genossenschaften gegründet worden (darunter im Kraichgau, in Ettlingen und Durmersheim). Eine Bürgerenergiegenossenschaft liefere Strom an seine Kundschaft (Mitglieder) und verwalte alle Geschäfte im Zusammenhang mit der Tätigkeit (Netzentgelte, Stromeinkauf, Steuern, etc.). Durch die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft erwerbe man Genossenschaftsanteile, wodurch man von Dividenden profitieren könne.

Auf das Energie-Einsparpotenzial in Grötzingen eingehend, informiert Herr Hauenstein, dass man sich in dem Konzept vorerst auf die Solar- und Thermie-Energie beschränken möchte. Dabei habe man herausgefunden, dass durch die Fläche aller geeigneten Dächer in Karlsruhe der Gesamtenergiebedarf der Stadt (insgesamt 1.770 GWh in 2017) in Höhe von 54% (959 GWh/a) durch Solarenergie gedeckt werden könnte. In Grötzingen konkret gebe es 2.594 Gebäude, die 36,1 GWh/a erzeugen könnten. Damit wäre ein Teil des Grötzipger Gesamtstromverbrauchs in Höhe von zirka 70 GWh/a abgedeckt. Herr Hauenstein schildert das Beispiel „Gebäudeblock Bruchwaldstraße-Vierzehn Morgen“. Dort habe man das Solarenergie-Potenzial nur um 17,7% ausgenutzt. Er möchte klar machen, dass ein enormes Potenzial bei vielen Gebäuden vorhanden sei. Nun müsse man die Grötzipgerinnen und Grötzipger motivieren, Photovoltaikanlagen anzuschaffen. Dafür sei stetige Information und Werbung wichtig. Ein anderer Fall sei das Industriegebiet Grötzingen. Hier könnte man insgesamt 15 GWh/a produzieren, was 41% des Gesamtpotenzials von Grötzipgens Dächern entspräche. Auch hier sollte man auf die Unternehmen zugehen und eine Potenzial- und Rentabilitätsrechnung vorlegen. Man hoffe hier auf die Unterstützung der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK), dass diese Beratungsgespräche Vorort mit den Unternehmen durchführe. Außerdem wäre hinsichtlich der anzuschreibenden Unternehmen auch die Unterstützung der Ortsverwaltung erforderlich, um die Kontakte koordinieren zu können (Adressen-Ermittlung, Anfertigung eines Schreibens). Hinsichtlich der öffentlichen Gebäude möchte man von der Ortsverwaltung erfahren, inwiefern diese etwa die Begegnungsstätte mit Photovoltaikanlagen ausstatten würde.

Zuletzt könnte man sich auf der ehemaligen Mülldeponie vorstellen, dass dort ein Photovoltaik-Feld oder eine Pufferspeicher-Anlage installiert werde. Dies wäre auch eine tolle Sache für eine Bürgerenergiegenossenschaft. Hier betrachtet es Herr Hauenstein als sinnvoll, viele offene (technische) Fragen mit dem nahe gelegenen Fraunhofer-Institut und dem KIT-ITAS (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse) – wo man schon einen Ansprechpartner habe – abzuklären. Hieraus könnte ein Projekt zwischen Verwaltung, Bürgerschaft und Forschung entstehen.

Frau Hübner erläutert konkrete Maßnahmen, um das Konzept umsetzen zu können:

#### Mobilisierung zivilgesellschaftliches Engagement

- Breite Öffentlichkeit für Klimathemen in Grötzingen schaffen
- Bestandsaufnahme (wo steht Grötzingen im Klimaschutz aktuell, wo will es hin und bis wann)
- Grötzingener Energiegespräche
- Grötzingener Klimatage
- Begleitende Projekte mit Schule & Kitas
- Solar- und Sanierungsbotschafter
- Gründung oder Beitritt zu Energiegenossenschaft

#### Maßnahmen für Unternehmen und Kommunen

- Verwaltung schreibt Unternehmen z.B. im Industriegebiet aktiv an
- Handel und Gewerbe erhalten Beispielrechnung
- Öffentliche Gebäude erhalten schnellstmöglich Photovoltaik-Anlagen, nicht erst bei Dacherneuerungen (rentabel bereits nach ca. 10 Jahren Nutzungszeit)
- Energieberg mit Photovoltaik-Anlagen und Energiespeicher als Pilotprojekt (Kooperation Gemeinde / Landkreis / ITAS(KIT) / Fraunhofer Institut)
- Jährlicher Fortschrittsbericht an Grötzingener Bürger (KEA und Umweltamt Stadt Karlsruhe)

Herr Ebdndt erläutert in Bezug auf ein konkretes Beispiel der Umsetzung einer Photovoltaikanlage, dass er eine Solaranlage auf dem Dach des Familienhauses habe installieren lassen. Dabei habe man auf dem relativ kleinen Einfamilienhaus-Dach seit Februar 2021 4.565 kWh in das Netz eingespeist. Nachts habe man 419 kWh über den Netzbetreiber bezogen. Auf lange Frist solle ein Zwischenspeicher eingerichtet werden, um vollkommen autark zu sein. Herr Ebdndt stehe gerne für Interessierte zur Beratung als Solarbotschafter zur Verfügung. Für den Ortschaftsrat habe er Informationen über seine Photovoltaikanlage zusammengestellt, die er ausgeben möchte.

#### **Behandlung im Ortschaftsrat:**

OSR Hauswirth-Metzger findet, dass das Konzept sehr gut sei. Die Vorschläge seien konkret und realistisch. Besonders wichtig sei, dass unterschiedliche Akteure miteingebunden werden. Sie frage sich, ob bei den Bürgerenergiegenossenschaften die Kunden eigene Infrastruktur (Erdkabel) verlegen müssten.

Frau Link antwortet, dass die Kunden dieser Genossenschaften keine eigenen Kabel verlegen müssten. In diesem Fall würden Entgelte an den Netzbetreiber gezahlt, der die gesamte Infrastruktur stelle.

Frau Sonnenbichler berichtet eingehend auf die Bürgerenergiegenossenschaften, dass im Klimaschutzkonzept der Stadt Karlsruhe diese als Maßnahme verankert sind. Es werde derzeit geprüft, ob eine Karlsruher-Bürgerenergiegenossenschaft gegründet oder einer bestehenden beigetreten werden sollte. Die Bürgerinnen und Bürgern beteiligen sich an diesen Genossenschaften insofern, als dass sie Mitglied in dieser werden. Bei den Mitgliederversammlungen könne dann über die zukünftige Ausrichtung und Ziele der Genossenschaft entschieden werden. Die Genossenschaften seien gerade für jene Menschen geeignet, die nicht 10.000 Euro in eine Photovoltaikanlage investieren wollten. Die Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur plane zudem einen jährlichen Monitoring-Bericht und stehe hier gerne für inhaltliche Gespräche bereit.

Frau Hübner teilt mit, dass einige Bürgerenergiegenossenschaften ihr Interesse bekundet hätten, dass sie hinsichtlich der Flächen-Photovoltaik kooperieren würden. Eine eigene Genossenschaft in Grötzingen käme nach jetzigem Stand nicht infrage.

OSR Ritzel fragt, wann ein Dach zu alt für die Installation einer Photovoltaikanlage sei.

Herr Hauenstein antwortet, dass man dies nicht pauschal sagen könne. Hingegen sei klar, dass wenn ein Dach noch länger als zehn Jahre halten werde, dass sich dann bereits die Installation einer Solaranlage vor der Dachsanierung rentiere.

OSR Siegrist begrüßt, dass der Energieberg Grötzingen mit in das Konzept aufgenommen worden sei, da seine Fraktion hierzu vorhatte einen Antrag zu stellen. Nun könne dies eventuell der gesamte Ortschaftsrat tun. Er frage sich diesbezüglich, ob die im Eigentum des Landkreises Karlsruhe befindliche Deponie überhaupt für das Vorhaben verwendet werden könne. Außerdem gelte das Bauen im Außenbereich nur für privilegiertes Bauen. Dazu zählten Windkraftanlagen, aber nicht die Photovoltaikanlagen. Außerdem müssten Umweltschutzbelange berücksichtigt werden.

Frau Hübner antwortet, dass es im Landkreis Karlsruhe ein Pendant zur KEK gebe, nämlich die KEA-BW. Dort gebe es jemanden, der sich genau mit diesen Belangen beschäftige. Dieser habe auch mitgeteilt, dass der Landkreis und das Regierungspräsidium Karlsruhe über ein solches Vorhaben verfügen müssten. Auch sei die Aufstellung eines Bebauungsplans nötig. Zudem bekunde das Fraunhofer Institut Interesse, dort Speicherkapazitäten zu testen.

Wenn jetzt der Ortschaftsrat einen Antrag stellen würde, dass dieses gemeinsame Projekt gewünscht sei, könnte dies zum Gelingen der Kooperation beitragen.

OVS Eßrich erläutert, dass der Naturtreff einen Antrag formulieren könnte, der dann im Ortschaftsrat beraten werde.

OSR Schuhmacher meint, dass bei dem Projekt jemand fehle, der vorweggehe und über die nötigen finanziellen Mittel verfüge, um das Projekt letztlich von der Idee zum Konkreten zu überführen. Weiter regt er an, auch andere Formen der erneuerbaren Energien mit zu berücksichtigen. Für das Sanierungsgebiet käme zum Beispiel ein Blockheizkraftwerk zur Versorgung der Ortsmitte infrage.

Frau Sonnenbichler sagt, dass man den Bau der Photovoltaikanlage jedoch unbedingt verfolgen sollte, da hier ein erheblicher Energieerzeugungsträger geschaffen werden könnte. Es würden sich gerade bei einem solchen Groß-Projekt genug Investoren finden, die für die nötigen finanziellen Mittel sorgten. Das Konzept verfolge den Ansatz, schnellstmöglich erneuerbare Energien zu schaffen. Dies erreiche man am besten durch die Nutzung von Solarzellen auf Dächern. Nichtsdestotrotz spielten auch andere Formen der erneuerbaren Energien langfristig gesehen eine wichtige Rolle.

OSR Siegele bezweifelt, dass die Ortsverwaltung Kapazitäten in dieses Projekt investieren könne. Gerade in Anbetracht der Zahl laufender Projekte wie das Sanierungsgebiet oder das Energiequartier sehe er die Fachämter als Ansprechpartner für dieses Projekt an.

Frau Hübner antwortet, dass sie dies sehr gut nachvollziehen könne. Es gehe in erster Linie darum, dass die Ortsverwaltung gewisse Aktionen ermögliche: etwa, dass der Ortschaftsrat einen Antrag auf Prüfung stellt, ob am Energieberg eine Photovoltaikanlage aufgestellt werden könnte, dass die Ortsverwaltung Räumlichkeiten zur Verfügung stelle, damit Veranstaltungen durch den Klimatreff abgehalten werden könnten oder auch die Weiterleitung von Schreiben an die örtlichen Unternehmen übernehme.

OVS Eßrich sagt ihre Unterstützung zu und erklärt sich auch dazu bereit, an Gesprächen mit zum Beispiel den Unternehmen teilzunehmen. Allerdings sei sie gerade beim Aufsetzen eines Schreibens an die Betriebe auf die fachliche Expertise angewiesen. Dann aber könne eine Kooperation gut funktionieren.

Ortsvorsteherin Frau Eßrich bittet Frau Zeh, die Situation der städtischen Gebäude hinsichtlich erneuerbarer Energien zu schildern.

Frau Zeh teilt mit, dass das Amt für Hochbau- und Gebäudewirtschaft eine Gebäudestrategie entwickelt habe. Demnach werde das Dach der Begegnungsstätte erst 2028 saniert und mit Photovoltaik ausgestattet werden. Bis zum Jahr 2045 solle die Stadt Karlsruhe klimaneutral werden. Dazu gehöre auch die Wärmeerzeugung durch regenerative Energieträger. Zum Beispiel werde im nächsten Jahr der Öl-Kessel im Rathaus II durch einen Pellet-Kessel ausgetauscht. Die Ortsverwaltung Grötzingen habe angeregt, dass ein Nahwärmenetz im Zuge des Sanierungsgebietes Ortsmitte gebaut werden sollte. Es sei mitgeteilt worden, dass die Stadtwerke gerade prüften, ob eine Heizzentrale unter dem Niddaplatz errichtet werden könnte. Frau Zeh verdeutlicht, dass dann aber keine Tiefgarage unter dem Niddaplatz möglich sei, wie dies erst kürzlich in einer Sitzung des Gremiums als nötig befunden wurde. So werde der Ortschaftsrat wohl zukünftig entscheiden müssen, ob unter dem Niddaplatz eine Tiefgarage oder eine Nahwärme-Heizzentrale errichtet werde. Man müsse aber zuerst die Untersuchungsergebnisse der Stadtwerke abwarten, um Genaueres berichten zu können.

Herr Hohmüller stellt richtig, dass die Verwaltung nach aktuellem Beschluss bis 2040 und die Gesamtstadt bis 2050 klimaneutral werden sollen. Die Strategie der Stadt Karlsruhe müsse mit den Initiativen der Bürgerinnen und Bürger verzahnt sein. Zum Beispiel biete die Stadt Karlsruhe als einen Baustein Fördermittel für die Installation von Photovoltaikanlagen an. Zudem bieten die KEK und die Verbraucherschutzzentrale kostenlose und kostengünstige, geförderte Beratungsangebote an. Hinsichtlich der Deponie teilt Herr Hogenmüller mit, dass gerade das Land Baden-Württemberg prüfe, inwiefern sich die Deponie in Grötzingen für Photovoltaik-Flächen eignen würde. Zuletzt sei zu bemerken, dass das Konzept einen sehr guten Ansatz verfolge, auch die Unternehmen in der Ortschaft einzubinden. Hier lägen große Energiegewinnungspotenziale.

Vorsitzende

Protokollführer